

Zeilen 837 – 887 mögen durch den folgenden Text ersetzt werden:

Die Rente muss zum Leben reichen

Über die Grundlagen der Rentenpolitik wird im Bund entschieden. Altersarmut und die Sorge, dass die Rente nicht zum Leben reichen wird, nehmen besonders in NRW zu. Besonders betroffen sind neben Erwerbslosen auch Teil-

840 zeitbeschäftigte und Beschäftigte mit niedrigem Einkommen oder in Leiharbeit. Am häufigsten ist das der Fall bei Alleinerziehenden, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen.

Auch die NRW-Landesregierung steht in der Verantwortung. Sie muss durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik vor Ort die Ursachen zukünftiger Niedrigrenten bekämpfen und sich mit Initiativen im Bund für die Interessen der heutigen NRW-Rentenbezieher:innen einsetzen. Der Druck auf die Bundesregierung für einen grundlegenden Kurswechsel in

845 der Rentenpolitik muss erhöht werden.

CDU, SPD, FDP und Grüne sind gemeinsam verantwortlich dafür, dass nun gleich mehrere Faktoren zur Altersarmut führen: Sie haben 2000 das Rentenniveau von damals 53 Prozent abgesenkt, die Rente erst ab 67 eingeführt und mit ihrer Niedriglohnpolitik für zu geringe Einzahlungen gesorgt. Die AfD würde den neoliberalen Kurs, welcher diese Probleme geschaffen hat, weiter verfolgen und sogar verschärfen.

Wir setzen uns ein für eine Umverteilung der Arbeit, vor allem durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das betrifft nicht nur die Wochenstunden, sondern auch die Lebensarbeitszeit. Perspektivisch streben wir die 30-Stunden-Woche und die Rente ab 60 nach vierzig Beitragsjahren an. Kurzfristig ist die Rücknahme der Rente erst ab 67 und mindestens die Rückkehr zum abschlagsfreien Renteneintritt ab 65 Jahren wichtig.

855

Gerade für NRW ist die damit entstandene soziale Schieflage eine so große Belastung, dass wir dringend für Kurskorrekturen sorgen müssen.

Was tun?

- *Die gesetzliche Rente muss wieder ab 65 Jahren den Lebensstandard sichern*
- *Die Rente erst ab 67 Jahren abschaffen*
- *Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten müssen abgeschafft werden oder durch eine wertgleiche Maßnahme um knapp elf Prozent angehoben werden.*
- *Als Ziel die abschlagsfreie Rente ab 60 Jahren nach vierzig Beitragsjahren ansteuern*
- *Rücknahme der Rentenkürzungen und Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 Prozent*
- *Solidarische Mindestrente in Höhe von 1200 Euro netto einführen*

865 Eine sichere Rente ohne Armutsrisiko ist bezahlbar. Dafür dürften Menschen mit sehr hohen Einkommen von der Versicherung nicht länger ausgenommen werden und Beamt:innen und Selbstständige nicht länger außen vor bleiben. Arbeitgeber:innen müssten wieder die Hälfte der Beiträge zur Alterssicherung zahlen und die steuerliche Förderung der Riester-Rente muss abgeschafft werden.

Die Fachleute sind sich mit uns einig. Eine solide Rentenversicherung benötigt keine Riester-Rente, dafür aber

870 träge auf alle Erwerbseinkommen.

Was tun?

- *Alle Erwerbstätigen, auch Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Beamt:innen, Selbständige und Freiberufler:innen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen lassen*
- *Perspektivisch die Obergrenze mehr bei der Heranziehung von Einkommen abschaffen*
- *Arbeitgeber:innen wieder die Hälfte der Beiträge der Alterssicherung zahlen lassen*
- *Steuerförderung der Riester-Rente abwickeln*
- *Riester-Ansprüche in eine höhere gesetzliche Rente umwandeln (freiwillig)*
- *Rentenbeiträge auf 21 Prozent anheben*

Für die Anhebung des Rentenniveaus von 48,3 (ohne Revisionseffekt) auf 53 Prozent müssten Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von zurzeit 3461,75 Euro im Monat – wie die Arbeitgeber:innen auch – einen um 34 Euro höheren Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Im Gegenzug fielen für die Beschäftigten die 124 Euro Riester-Rentenbeitrag weg, die ohne steuerliche Zulagen den für Riester-Renten geforderten vier Prozent vom Bruttoeinkommen entsprechen. Durchschnittlich verdienende Beschäftigte hätten also durch die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung derzeit 90 Euro netto mehr in der Tasche. Die Rente einer heutigen Standardrentner:in würde sich um knapp 133 Euro netto erhöhen. Das heißt: Beschäftigte und Rentner:innen würden gewinnen, die Arbeitgeber:innen würden wieder die Hälfte der Kosten der Alterssicherung tragen und die Versicherungen müssten auf die Gewinne aus den Riesterverträgen verzichten. Umverteilung zugunsten von Jungen, Mittelalten und Alten – das ist stark!